

Die Dorfschell

Zeitung des **SPD**-Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach, Ausgabe August 2018

WAS WIRKLICH WICHTIG IST IN DEUTSCHLAND

Es ist einige Wochen her, dass die CSU und Seehofer den Aufstand geprobt haben und die Kanzlerin und die Bundesregierung beinahe gestürzt hätten. Gott sei Dank kann man heute sagen: „Als bayerischer Löwe gesprungen und als Bettvorleger geendet“! Man könnte die Geschichte vergessen, wenn nicht durch diesen „Amoklauf“ falsche Zeichen gesetzt worden wären und der Blick für die tatsächlich wichtigen Probleme –zumindest zeitweise- verstellt worden ist. Das heißt nicht, dass die Flüchtlingsfrage nebensächlich wäre, aber um was es Seehofer und der CSU vordergründig (tatsächlich wollte Seehofer sich an der Kanzlerin rächen und die CSU Pluspunkte im bayerischen Wahlkampf sammeln) ging, hat sich als „Peanuts“ (Kleinigkeiten) herausgestellt. Es ging, wie Seehofer letztlich einräumen musste, um vier oder fünf Migranten pro Tag, also weniger als 2000 im Jahr. Und dafür so ein Theater!

Heute haben wir nunmehr den Blick frei für die wirklichen Probleme unserer Zeit. Diesen muss sich die Bundesregierung widmen und Lösungen anstreben. **Die SPD tut das engagiert!** (Siehe auch die anderen Artikel in dieser Ausgabe, aber auch die in den früheren Ausgaben der „Dorfschell“). Auch Teile der CDU tun das, was man fairerweise erwähnen muss.

Was sind nun diese aktuellen Probleme, die auch die Bevölkerung als solche sieht?

1. Flüchtlingszugang/Migranten:

Die Zahlen sind zwar stark rückläufig, aber wir haben es in Deutschland bis heute nicht geschafft, ein überzeugendes und funktionierendes System aufzubauen. Die Entscheidungen über die Asylanträge dauern zu lange, die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber, insbesondere wenn sie kriminell geworden sind, geht schleppend, vielfach gar nicht. Die Rechtswege dauern und dauern –mangels Personal bei den Gerichten. Über Integration, besonders der anerkannten Asylbewerber, wird viel geredet, aber es hakt auch hier. Es gibt nur leichte Ansätze zu einem Schutz der EU-Außengrenzen und eine die Flucht hindernde Tätigkeit in den Fluchtstaaten.

Diese Beispiele sind nicht abschließend, es gibt hier noch viel zu tun. Das Geschrei über vier oder fünf Migranten pro Tag an Deutschlands Grenzen ist daher dumm und kontraproduktiv.

2. Fachkräftemangel/Arbeitskräftemangel:

Es pfeifen die Spatzen von den Dächern: Es fehlen

jetzt schon, aber in Zukunft noch mehr, Fach- und Arbeitskräfte für unsere Wirtschaft. Qualifizierte Kräfte sind rar. Da die Geburtenzahl nach wie vor, wenn auch leicht steigend, zu gering ist, wird es aus eigener Kraft Deutschland kurz- und mittelfristig nicht schaffen, genügend Fach- und Arbeitskräfte bereit zu stellen. Wir brauchen also Leute aus dem Ausland, um unsere Wirtschaft in gewohnter Weise am Laufen zu halten. Dabei sind weniger die Flüchtlinge gemeint, auch wenn sie einen Beitrag leisten können, sondern vielmehr qualifizierte Menschen aus dem Ausland. Dafür brauchen wir ein Einwanderungsgesetz, um den Zugang kontrolliert und fair regeln zu können. Die SPD fordert das seit Jahr und Tag, die Kanzlerin scheint langsam auf sie zuzugehen.

3. Altersversorgung/Rente:

Das ist ein Kernthema unserer Gesellschaft! Wer Altersarmut fürchten muss, hat Angst vor der Zukunft. Außerdem ist das für alle, die ein Leben lang gearbeitet haben, bitter ungerecht. Die gesetzliche Rente muss ihre Aufgabe erfüllen (siehe hierzu auch die intensiven Anstrengungen der SPD im speziellen Artikel in dieser Ausgabe). Betriebliche Altersversorgung kann ergänzen, private Altersvorsorge helfen. Der Kern aber ist und bleibt die gesetzliche Rente.

4. Unsere soziale Zukunft:

Dies ist ein weites, aber unglaublich wichtiges Feld. Wir benötigen eine gesicherte Pflege. Eine Aufgabe,

die die Politik lange verschlafen hat, der wir uns aber mit aller Macht widmen müssen. Wir brauchen eine funktionierende Einkommenssicherung. Einen Mindestlohn, der nicht nur den Lebensunterhalt garantiert, sondern auch die Altersversorgung sichert. Einen Mindestlohn, der sicher stellt, dass der, der arbeitet, am Ende des Monats mehr in der Tasche hat, als der, der von Hartz IV lebt. Wir brauchen eine Kampagne, die dafür sorgt, dass Alleinerziehende nicht in Armut versinken, Hier müssen finanzielle Unterstützung, spezielle Jobangebote und Angebote für Kinderbetreuung her.

5.Eine funktionierende Bildungspolitik:

Es wird in Sonntagsreden immer wieder gesagt: Bildung ist Deutschlands Kapital! Das stimmt nur zu sehr. Aber: Dann muss man auch etwas dafür tun! Unsere Schulen müssen sowohl bei Lerninhalten, in der technischen Ausstattung als auch im Gebäudebestand dringend verbessert werden. Unsere Kindertagesstätten und Kindergärten müssen schulvorbereitend und beitragsfrei werden. Es darf keinen Lehrermangel geben (Insoweit ist positiv zu vermerken, dass Rheinland-Pfalz zum Schuljahresbeginn 2018 /2019 alle Lehrerplanstellen an Grundschulen, Realschulen plus, IGSen und Gymnasien besetzt haben wird)!

6.Sicherheit:

Auch wenn die Politik nicht müde wird zu versichern, die tatsächliche innere Sicherheit sei viel besser als die gefühlte, so bleibt doch festzuhalten: Es fehlen Polizeibeamte, es fehlen Staatsanwälte, es fehlen Richter. Die Folge: Eine hohe Rate nicht aufgeklärter Straftaten, Mängel bei der Verhütung von Straftaten, endlos lange Justizverfahren.

Es kommen noch weitere Problembereiche hinzu:

- Zu hohe Mieten in Ballungsgebieten,
- das große Gebiet des Klimaschutzes (wird mittlerweile politisch sehr vernachlässigt),
- Abhilfe im Dieselskandal (Beseitigung einer bodenlosen Ungerechtigkeit),
- Digitalisierung, insbesondere im ländlichen Bereich,
- „Reparatur“ einer immer weiter sich verschlechternden Infrastruktur,
- Dringend notwendige Fortschritte in der Europapolitik,

USW, USW, USW!

Man sieht: Es gibt so viel in Deutschland zu tun! Deshalb war es ein Wahnsinn, was die CSU und Seehofer auf einem „Nebenkriegsschauplatz“ angezettelt haben!

Also: Ran an die Arbeit! Das ist auch eine Riesenaufgabe für die SPD!

FRANKELBACHER KERB:VORBEREITUNGEN LAUFEN

Das erste Wochenende im September kommt unaufhaltsam näher und damit auch die Frankelbacher Kerb. Die Organisatoren der Kerb stecken mitten in den Vorbereitungen und können mit Zufriedenheit feststellen: **Es läuft alles nach Plan!** Es haben sich in der Tat eine Vielzahl von Mitstreitern gefunden; es ist nicht bei bloßen Lippenbekenntnissen geblieben. So sind die nötigen Absprachen mit den Beteiligten erfolgt, die notwendigen Genehmigungen eingeholt, die Werbung in Auftrag gegeben, auch der Kerwestrauß wird „geknibbelt“. Zusagen für genügend Kuchenspenden gibt es und auch eine gute Anzahl von Sponsoren, die einen finanziellen Obulus entrichten, hat sich gefunden.

Mitte August wird man Plakate kleben, um auf die Kerb aufmerksam zu machen und man erwägt, eventuell zwei Banner am Straßenrand aufzustellen, damit auch die vorbeifahrenden Autofahrer von der Kerb am ersten Wochenende im September in Frankelbach erfahren. So sehen die Organisatoren dem

Kerwewochenende zwar mit der gebotenen Aufregung, aber auch mit großer Gelassenheit entgegen. Man hat alles getan, was man tun konnte.

Am Kerweablaufplan hat sich nichts geändert: Am Samstag (1.September) geht es um 18.00 Uhr mit einem Schlachtfest im Dorfgemeinschaftshaus in Frankelbach los. Ab 20.00 Uhr gibt es Musik und Tanz. Ein örtlicher DJ wird Musik aus seinem immensen Fundus auflegen. Er wird eine große Anzahl von Musikwünschen erfüllen können. Ob es auch Wünsche geben wird, denen er nicht gerecht werden kann?

Am Sonntag (2.September) beginnt der Ausschank im Dorfgemeinschaftshaus mit Kaffee und Kuchen, belegten Brötchen und Würstchen um 13.00 Uhr. Um 14.00 Uhr dann der Höhepunkt: **Die Kerwered**. Danach kann man in der Halle weiterfeiern.

**Also man kann es kaum erwarten:
Auf zur Frankelbacher Kerb!**

SICHERHEIT FÜR EIN GUTES LEBEN-DER RENTENPAKT

In den vergangenen Ausgaben der „Dorfschell“ haben wir auf die einzelnen Umsetzungsschritte des auf Initiative der SPD im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien Vereinbarten hingewiesen. Obwohl in den vergangenen Wochen der öffentlichen Diskussion der „Amoklauf“ der CSU und Seehofers beherrschend war, sind durch die SPD in der Bundesregierung richtungsweisende Entscheidungen ergangen oder vorbereitet worden, die weitere Teile des Koalitionsvertrages umsetzen. Am bedeutendsten von allen ist der Vorschlag von Arbeits- und Sozialminister Heil (SPD) zum sog. Rentenpakt.

Dieser Rentenpakt ist ein weiterer Schritt zu einer sicheren Rente für alle, der dringend notwendig ist, um die durch die demographische Entwicklung (die „Baby-Boomer-Generation“ geht alsbald in Rente) sich anbahnende Situation zugunsten einer sicheren Rente im Griff zu behalten. Dafür hat Minister Heil zunächst vier Maßnahmen dem Bundeskabinett vorgeschlagen:

1. Bis 2025: Garantiertes Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent und garantierter Rentenversicherungsbeitrag bei höchstens 20 Prozent,
2. Verbesserte Leistungen bei Erwerbsminderung,
3. Bessere Anerkennung von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder,
4. Entlastung von Beschäftigten mit geringem Einkommen.

Zu 1: Garantiertes Rentenniveau:

Das Rentenniveau ist das Verhältnis einer verfügbaren Standardrente zum verfügbaren Durchschnittsentgelt. Es ist eine Kenngröße für die Entwicklung der Renten im Vergleich zu den Löhnen. So wird bis 2025 das Ziel gesichert: **Jeder soll sich auf die gesetzliche Rente verlassen können.**

Und damit der Beitragszahler nicht zu stark belastet werden, wird garantiert bis 2025: **Der Beitragssatz wird nicht höher als 20 Prozent werden.**

Die Finanzierung des nicht gedeckten Rententeils erfolgt aus Steuermitteln. Dafür wird ein sog. **Demographiefonds** mit jährlich zwei Milliarden Euro in den Jahren 2021 bis 2024 aufgelegt.

Zu 2: Bessere Leistungen bei Erwerbsminderung

Der, der aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten kann und vorzeitig in Rente muss, wird zukünftig besser abgesichert. Heute ist die fiktive Rentenzeit (man berechnet die Rente so, als ob der Erwerbsgeminderte beim Renteneintritt ein bestimmtes Alter erreicht hätte) 62 Jahre und 3 Monate. Sie wird im Jahr 2019 auf 65 Jahre und 8 Monate angehoben. Diese sog. Zurechnungszeit wird von 2020 bis 2031 schrittweise auf 67 Jahre erhöht. **Der Erwerbsgeminderte hat somit im Jahr 2031 gegenüber dem Jahr 2014 eine Rentensteigerung von**

17 Prozent.

3. Kinderberechnungszeiten:

Mütter und Väter, die mindestens drei Kinder haben, die vor 1992 geboren sind, bekommen pro Kind ein weiteres Rentenrechnungsjahr angerechnet.

4. Beschäftigte mit geringem Einkommen:

Bisher bezahlen Beschäftigte, die zwischen 450€ und 850€ verdienen, geringere Sozialabgaben als üblich (die Arbeitgeber hingegen entrichten die vollen Beiträge). Nunmehr wird die Grenze von 850€ auf 1300€ angehoben. Davon profitieren mehr als drei Millionen Menschen.

Diesem ersten Schritt zur Stabilisierung der Renten werden und müssen weitere folgen:

1. Menschen, die jahrzentlang gearbeitet, Kinder erzogen, Angehörige gepflegt haben, sollen eine **Grundrente** erhalten. Eine Grundrente ist eine Rente, die garantiert einen bestimmten Prozentsatz über dem örtlichen Sozialhilfesatz liegt.
2. Selbständige sollen in den Schutz der Rentenversicherung einbezogen werden.
3. Die im Frühjahr dieses Jahres eingerichtete Rentenkommission wird Vorschläge erarbeiten, wie über 2025 hinaus sichere Renten gewährleistet werden können.

Also: Die SPD hält Wort! Die im Koalitionsvertrag auf Betreiben der SPD vereinbarte zukünftige soziale Absicherung wird Schritt für Schritt umgesetzt.

IMPRESSUM:

Die Dorfschell – Zeitung des SPD Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach erscheint kostenlos für alle erreichbaren Haushalte in Olsbrücken und Frankelbach.

Auflage dieser Ausgabe: 660

Redaktion: Rolf Künne (V.i.S.d.P)

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Augustausgabe der „Dorfschell“ hat diesmal einen deutlichen Schwerpunkt in der Bundespolitik. Das liegt zum einen daran, dass es wegen der Sommerpause aus dem kommunalen Bereich wenig zu berichten gibt (Ausnahme: Der Bericht über die Kerwe in Frankelbach am ersten Septemberwochenende) und zum anderen daran, dass sich in Berlin Erschreckendes getan hat, über das man sich im Nachhinein immer noch verwundert die Augen reiben muss. Es wird über den CSU-Aufstand in dieser Ausgabe an anderer Stelle so manches gesagt, deshalb hier nur so viel:

Wer das Wohl eines Staates meint zur persönlichen und parteipolitischen Beute machen zu können, versündigt sich an Deutschland. Diesen Damen und Herren (meistens sind es Männer) muss gesagt werden: Ihr seid für Deutschland da und nicht Deutschland für euch! Man kann nur hoffen, dass die CSU bei der bayerischen Landtagswahl die Quittung für ihr absurdes Verhalten bekommt. Leider wird allem Anschein nach die AfD davon profitieren. Wie war das mit dem Teufel und dem Belzebub?

Dabei gibt es in Deutschland so viel zu tun! Wir

schleppen aus den vergangenen Jahren einen Rückstau unerledigter Reformen mit uns herum und neue dringende Aufgaben kommen hinzu. Wir haben keine Zeit für Spielchen! Wir müssen handeln!

Deutschland braucht dringend Reformen, auch im großen Bereich des Flüchtlingswesens, aber bei weitem nicht nur dort. Erfreulicherweise kümmert sich die SPD sehr darum, **sie ist die treibende Kraft in der Bundesregierung**. In den Umfragen wird ihr das –noch?– nicht honoriert. Warum?

Die SPD verliert sich in den einzelnen Problemen, das Ganze wird nicht erkennbar! Die SPD bietet, wie es die Parteienforscher und Soziologen nennen, kein „Narrativ“, keine „Geschichte“, an. Dabei liegt diese „Geschichte“ auf der Hand: **Die SPD steht für eine sozial gerechte, zukunfts zugewandte, moderne und gleiche Gesellschaft! Das muss man seitens der SPD erzählen und zeigen und sagen: Jede einzelne Maßnahme ist ein Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel!**

Wenn die SPD dies oder ähnliches in der Zukunft beherzigen würde, dann würden –zwangsläufig?– auch ihre Umfrageergebnisse besser.

BERLINER TELEGRAMM

Obwohl man in den vergangenen Wochen aus Berlin nur den Streit zwischen CDU und CSU vernommen hat, hat sich doch das eine oder andere Positive getan, hat die Bundesregierung doch manches auf den Weg gebracht. Dabei sind diese Projekte entweder von der SPD schon länger gefordert worden oder von der SPD initiiert worden.

-Die EU-Entsende-Richtlinie ist beschlossen. Das bedeutet: Jeder Arbeiter in der EU, gleichgültig welcher EU-Staatsbürger er ist, erhält an dem Ort, an dem er arbeitet, den dort gültigen Lohn. Also: Keine Dumping-Löhne zum Beispiel für Menschen aus Rumänien, weil man in Deutschland das Lohnniveau von Rumänien anlegte,

-Das Baukindergeld ist durch. Jede Familie, die bauen will, bekommt pro Kind einen Zuschuss. Damit soll Familien geholfen werden, ihren Bauwunsch zu erfüllen,

-Der Mindestlohn steigt zum dritten Mal in Folge. Das ist gut so, obwohl er immer noch viel zu niedrig ist (Eine Anmerkung: Erinnern Sie sich noch an das Geschrei der Lobbyisten, die durch den Mindestlohn „den Weltuntergang kommen sahen“. Davon ist heute –zu Recht– keine Rede mehr.). Zur Kontrolle, ob der Mindestlohn eingehalten wird, sind 1400 neue Stellen bewilligt worden, bis 2021 sollen es

insgesamt 6100 Stellen sein,

-Auf SPD-Druck wird es über 3000 neue Stellen bei der Bundespolizei geben,

-In der Bundesverwaltung werden die sachgrundlosen Befristungen von Arbeitsplätzen abgeschafft. Nur wenn ein konkreter Grund vorliegt, z.B. Schwangerschaftsvertretung, darf eine Stelle befristet vergeben werden,

-Die Breitbandförderung soll auf ein „Giganez“, also großes Netz mit großer Leistung, angehoben werden.

Das sind sechs Maßnahmen, die Wirkung zeigen und auf die die Bundesregierung stolz sein kann, **insbesondere die SPD, die das alles vorangetrieben hat.**

Weiter so, und mit noch mehr Schwung!